

# Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die Kapitel und die Autoren	V
Vorwort zur 3. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLIII
Hinweise zu den Lern- und Arbeitsmaterialien	XLV
<b>1. Kapitel. Begriff und System des Gesundheitsrechts</b>	<b>1</b>
§ 1 Das Rechtsgebiet Gesundheitsrecht	1
§ 2 Bereiche der gesundheitlichen Versorgung	3
A. Überblick über die Bereiche der gesundheitlichen Versorgung	3
B. Gesundheitsförderung – gesundheitliche Prävention	4
C. Kuration	4
D. Langzeitpflege	4
E. Rehabilitation	5
F. Palliation	5
§ 3 Überblick über die systematische Ordnung des Gesundheitsrechts	5
A. Gesamtüberblick	5
B. Güter der gesundheitlichen Versorgung	6
C. Beschaffung der Güter	7
D. Position und Rechte der Nutzer von Gesundheitsgütern	8
E. Öffentlicher Gesundheitsschutz – Öffentlicher Gesundheitsdienst	8
F. Public Health	9
<b>2. Kapitel. Europarechtlicher Rahmen</b>	<b>11</b>
§ 4 Rechtsgrundlagen	11
A. Europarat – Europäische Union	11
B. Allgemeines zum EUV und zum AEUV	12
I. Zuständigkeiten	12
II. Rechtsquellen	12
III. Rechtliche Kontrolle	12
§ 5 Bereiche und Arten der Zuständigkeiten der Union auf dem Gebiet der Gesundheit	12
§ 6 Gesundheitswesen (Art. 168 AEUV)	14
A. Übersicht über die Handlungsbereiche und die Handlungsinstrumente	14
B. Handlungsbereiche	15
C. Handlungsinstrumente	16
§ 7 Andere Bereiche im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz	16
§ 8 Richtlinien	16
A. Heilberuferecht	16
B. Patientenrechterichtlinie	17
C. Sonstige Richtlinien	18
§ 9 Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf das Gesundheitswesen und das Gesundheitsrecht	18

<b>3. Kapitel. Öffentliche Verantwortung für das Gesundheitswesen</b> . . . . .	<b>23</b>
<b>§ 10 Öffentliche Verantwortung für Gesundheit</b> . . . . .	<b>23</b>
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	23
I. Sozialer Rechts- und Bundesstaat . . . . .	23
II. Grund- und Menschenrechte . . . . .	24
1. Schutz der Bevölkerung . . . . .	24
2. Schutzsysteme und Zugang zu diesen . . . . .	25
3. Grundrechtsschutz für die Akteure im Gesundheitswesen . . . . .	26
III. Kompetenzen im Bundesstaat . . . . .	27
IV. Kommunale Selbstverwaltung . . . . .	27
V. Sozialversicherung . . . . .	28
B. Öffentliche Verantwortung . . . . .	28
I. Der Bund . . . . .	28
II. Die Länder . . . . .	30
III. Die Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	30
IV. Die Sozialversicherung . . . . .	31
V. Sozialstaatliche Regulierung der Privatversicherung . . . . .	32
VI. Die Kammern . . . . .	32
VII. Die Wissenschaft . . . . .	33
VIII. Wahrnehmung der ethischen Belange . . . . .	33
<b>§ 11 Verantwortung für die Infrastruktur des Gesundheitswesens</b> . . . . .	<b>34</b>
A. Allgemeine Fragen der Infrastrukturverantwortung . . . . .	34
B. Zum Recht der Infrastrukturverantwortung . . . . .	34
C. Bereichsspezifisches Infrastrukturrecht: Bedarfsplanung . . . . .	35
I. Krankenhäuser . . . . .	35
II. Pflegeeinrichtungen . . . . .	36
III. Rehabilitationseinrichtungen . . . . .	36
IV. Vertragsärztliche Versorgung . . . . .	37
V. Verantwortlichkeit für die Leistungerschließung . . . . .	37
<b>4. Kapitel. Personelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen: Ärzte, Pflegerberufe und andere Heilberufe</b> . . . . .	<b>39</b>
<b>§ 12 Heilberufe und andere Berufe auf dem Gebiet des Gesundheitswesens</b> . . . . .	<b>39</b>
<b>§ 13 Rechtsquellen – Regelungsebenen</b> . . . . .	<b>41</b>
<b>§ 14 Strukturmerkmale des Rechts der Heilberufe</b> . . . . .	<b>43</b>
A. Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Berufsrecht . . . . .	43
B. Direktes Berufsrecht . . . . .	43
C. Indirektes Berufsrecht . . . . .	44
D. Sozialleistungserbringungsrecht als wichtigster Bereich des indirekten Berufs- rechts . . . . .	44
I. Fragestellungen zur systematischen Ordnung des Leistungserbringungs- rechts . . . . .	44
II. Zulassung der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung . . . . .	45
III. Besondere Arten des Zugangs zur Leistungserbringung (sozialrechtliche Steuerung des Zugangs der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung) . . . . .	45
IV. Leistungsgestaltung . . . . .	46
V. Qualitätssicherung . . . . .	46
VI. Vergütung der Leistungsanbieter . . . . .	47
VII. Beendigung des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . .	47
VIII. Nutzerstellung . . . . .	47
<b>§ 15 Ärzte</b> . . . . .	<b>48</b>
A. Direktes Berufsrecht der Ärzte . . . . .	48
I. Berufsausbildung . . . . .	48
1. Besonderheiten der ärztlichen Berufsausbildung . . . . .	48
2. Berufsausbildung nach der Bundesärzteordnung . . . . .	48

3. Weiterbildungsrecht	49
II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung	50
1. Nach der Bundesärztleitung	50
2. Nach dem Weiterbildungsrecht	50
III. Berufsausübung	50
1. Bundesärztleitung	50
2. Landesrecht	51
a) Kammern	51
b) Berufsordnung	51
c) Berufsgerichte	52
d) Gebietsbeschränkungen – fachgebietsfremde Tätigkeit	52
IV. Vergütung	53
V. Beendigung der Berufsausübung	53
B. Indirektes Berufsrecht der Ärzte: Sozialrechtliches Leistungserbringungsrecht	54
I. Rechtsquellen	54
II. Die zentrale Stellung des Arztes in der Leistungserbringung nach dem SGB V	54
III. Zulassung zur Leistungserbringung (Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung)	55
1. Zulassungsausschuss – Berufungsausschuss	55
2. Persönliche Voraussetzungen beim Arzt	55
3. Voraussetzungen beim medizinischen Versorgungszentrum	56
4. Steuerung der Bedarfsdeckung durch Bedarfsplanung und Ermächtigung	57
IV. Berufspflichten im Leistungserbringungsrecht	57
V. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung	58
1. Freie Arztwahl und Steuerung der Arztwahl	58
2. Besondere ärztliche Versorgungsformen	58
VI. Leistungsgestaltung	60
1. Parameter der Leistungsgestaltung	60
2. Leistungseinschluss/Leistungsausschluss	60
3. Konkretisierung des Inhalts und des Umfangs der Leistungen	61
VII. Qualitätssicherung	62
1. Terminologie	62
2. Rechtliche Struktur der Qualitätserstellung	63
3. Qualitätssicherung als rechtliche Querschnittsmaterie	63
4. Allgemeiner rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung im SGB V	63
5. Allgemeine Gegenstände der Qualitätssicherung – sektorenübergreifende Qualitätssicherung	64
6. Besondere Adressaten und Gegenstände der Qualitätssicherung (Vertragsärzte)	66
VIII. Vergütung	67
1. Zur Situation des Vergütungsrechts	67
2. Zahlungsströme	68
3. Grundlagen des Vergütungsrechts	68
4. Überprüfung von Leistungen und Abrechnungen	69
IX. Beendigung der Zulassung zur Leistungserbringung	70
C. Rechtsstellung des Arztes im Gesundheitswesen – Arztberuf als Freier Beruf	70
I. Unterscheidung beruflicher Status – berufliche Funktionen	70
II. Beruflicher Status	70
III. Berufliche Funktionen	72
D. Der Arzt in der Konkurrenz zu anderen Ärzten und zur ambulanten Versorgung in Krankenhäusern	73
I. Konkurrenzsituationen und Rechtsschutz	73
II. Rechte des Arztes in Konkurrenzsituationen	74

<b>§ 16 Pflegeberufe</b> .....	76
A. Direktes Berufsrecht der Pflegeberufe .....	76
I. Berufsausbildung .....	76
II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung .....	77
III. Berufsausübung .....	78
1. Pflegekammern .....	78
2. Berufsordnungen .....	78
IV. Beendigung der Berufsausübung .....	79
V. Neuordnung der Pflegeberufe .....	79
B. Indirektes Berufsrecht der Pflegeberufe: Sozialrechtliches Leistungs- erbringungsrecht .....	81
I. Zum Verständnis der unterschiedlichen Einbindung von Ärzten und Pflegekräften in die sozialrechtlichen Leistungserbringungssysteme . . . .	81
II. Rechtsquellen .....	82
1. SGB V .....	82
2. SGB XI .....	82
III. Zulassung zur Leistungserbringung .....	82
1. SGB V .....	82
a) System des Leistungserbringungsrechts bei Pflegeleistungen . . . .	82
b) Häusliche Krankenpflege .....	83
c) Spezialisierte ambulante Palliativversorgung .....	83
2. SGB XI .....	84
IV. Sozialleistungsrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungs- erbringung .....	84
1. SGB V .....	84
2. SGB XI .....	85
V. Leistungsgestaltung .....	85
1. SGB V .....	85
2. SGB XI .....	85
VI. Qualitätssicherung .....	85
1. SGB V .....	85
2. SGB XI .....	85
VII. Vergütung .....	86
1. SGB V .....	86
2. SGB XI .....	86
VIII. Nutzerstellung .....	86
1. SGB V .....	86
2. SGB XI .....	86
<b>§ 17 Heilmittelerbringer im SGB V</b> .....	87
A. Heilmittelerbringung im Leistungserbringungssystem des SGB V .....	87
I. Begriff des Heilmittels .....	87
II. Heilmittel im Verhältnis zu anderen medizinischen Dienstleistungen . . . .	87
B. Leistungserbringer von Heilmitteln .....	87
C. Voraussetzungen der Heilmittelerbringung .....	88
I. Heilmittel .....	88
II. Zulassung zur Heilmittelerbringung .....	88
III. Gestaltung des Leistungserbringungsverhältnisses .....	89
<b>§ 18 Kooperation der Heilberufe</b> .....	89
A. Zum Kooperations- und Koordinationserfordernis bei der gesundheitlichen Versorgung .....	89
B. Handlungsvoraussetzungen der dienstleistenden Akteure .....	90
C. Abläufe der gesundheitlichen Versorgung .....	91
D. Leistungserbringungsrechtliche Voraussetzungen .....	91
E. Rechtsformen der koordinierten und kooperierenden Leistungsbereitstellung und berufsrechtliche Voraussetzungen und Pflichten .....	91

<b>5. Kapitel. Institutionelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen) und andere institutionelle Akteure</b> .....	93
<b>§ 19 Strukturmerkmale des Rechts der institutionellen Akteure</b> .....	93
A. Arten der institutionellen Akteure im Gesundheitswesen .....	93
B. Unterscheidung zwischen Einrichtung und Träger einer Einrichtung .....	93
C. Strukturierung des Rechts der institutionellen leistungserbringenden Akteure ..	94
I. Infrastrukturverantwortung .....	94
II. Zulassung zur Leistungserbringung .....	94
III. Personal .....	95
IV. Leistungen .....	95
V. Qualitätssicherung .....	95
VI. Vergütung .....	95
VII. Beendigung der Marktteilnahme .....	96
VIII. Nutzerstellung .....	96
D. Rechtsquellen – Regelungsebenen .....	96
<b>§ 20 Krankenhäuser</b> .....	97
A. Rechtsquellen .....	97
B. Arten von Krankenhäusern .....	98
C. Infrastrukturverantwortung .....	98
I. Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern .....	98
II. Bedarfsplanung .....	99
III. Investitionsförderung .....	101
D. Zulassung (ordnungsrechtlich) .....	102
E. Sozialrechtliche Voraussetzungen des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB V .....	102
I. Plankrankenhäuser .....	102
II. Durch Versorgungsvertrag zugelassene Krankenhäuser .....	104
III. Rechtsschutz .....	104
F. Personal .....	105
G. Leistungen eines Krankenhauses .....	105
H. Qualitätssicherung .....	106
I. Rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung bei Krankenhäusern .....	106
II. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen .....	107
III. Überwachung von Qualitätsanforderungen .....	107
IV. Reaktionen bei Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen .....	107
J. Vergütung .....	108
K. Beendigung der Marktteilnahme .....	110
I. Herausnahme aus dem Krankenhausplan .....	110
II. Kündigung des Versorgungsvertrages .....	110
III. Verbot der Leistungserbringung .....	110
L. Nutzerstellung .....	111
<b>§ 21 Pflegeeinrichtungen</b> .....	112
A. Rechtsquellen .....	112
B. Arten von Pflegeeinrichtungen .....	113
C. Infrastrukturverantwortung .....	115
I. Zuständigkeit .....	115
II. Beteiligung anderer Akteure .....	115
III. Ausgestaltung .....	116
D. Zulassung (ordnungsrechtlich) .....	116
E. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB XI .....	118
I. Zulassung durch Versorgungsvertrag – Anspruch auf Versorgungsvertrag .....	118
II. Rechtsnatur des Versorgungsvertrages – Rechtsschutz .....	118
III. Beteiligte des Versorgungsvertrages .....	118
IV. Voraussetzungen für den Abschluss eines Versorgungsvertrages .....	119

V. Inhalt des Versorgungsvertrages . . . . .	119
VI. Wirkungen des Versorgungsvertrages . . . . .	120
F. Personal . . . . .	120
I. Personalvorgaben . . . . .	120
II. Ordnungsrechtliche Personalvorgaben: Landesrechtliche Regelungen . . . . .	120
III. Personalvorgaben im SGB XI . . . . .	120
G. Leistungen der Pflegeeinrichtungen . . . . .	121
I. Leistungsprogramm des SGB XI . . . . .	121
II. Gesetzliche Leistungen . . . . .	122
III. Zusatzleistungen im Pflegeheim . . . . .	122
H. Qualitätssicherung . . . . .	122
I. Besonderheiten der Qualitätssicherung in der Pflege . . . . .	122
II. Entwicklung von Qualitätsanforderungen – Finanzierung und Zustandekommen . . . . .	123
III. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen . . . . .	125
IV. Umsetzung von Qualitätsanforderungen in die Praxis . . . . .	126
V. Überwachung der Einhaltung von Qualitätsanforderungen . . . . .	126
VI. Reaktionen auf die Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen . . . . .	127
J. Vergütungen . . . . .	127
I. Allgemeine Vorschriften zur Pflegevergütung . . . . .	127
II. Prinzipien der Einrichtungsfinanzierung im SGB XI . . . . .	128
III. Duale Finanzierung . . . . .	128
IV. Vergütung der stationären Pflegeleistungen . . . . .	129
1. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Pflegeleistungen (Pflegesätze) . . . . .	129
2. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung . . . . .	130
3. Zusatzleistungen . . . . .	130
V. Vergütungen der ambulanten Pflegeleistungen . . . . .	131
1. Vergütungsregelung . . . . .	131
2. Gebührenordnung . . . . .	131
VI. Festsetzung der Vergütung durch die Schiedsstelle . . . . .	131
VII. Kostenerstattung statt Vereinbarung einer Vergütung . . . . .	132
K. Beendigung der Marktteilnahme . . . . .	132
L. Nutzerstellung . . . . .	132
<b>§ 22 Dienste und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe sowie der Prävention . . . . .</b>	<b>134</b>
A. Allgemeines zu Diensten und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe . . . . .	134
B. Medizinische Rehabilitation . . . . .	136
C. Berufliche Rehabilitation . . . . .	137
D. Soziale Rehabilitation . . . . .	138
E. Dienste und Einrichtungen der Prävention . . . . .	139
<b>§ 23 Formen der Kooperation zwischen institutionellen und personellen leistungserbringenden Akteuren . . . . .</b>	<b>139</b>
A. Allgemeines . . . . .	139
B. Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhäusern . . . . .	140
I. Belegarzt . . . . .	140
II. Ambulantes Operieren . . . . .	140
III. Ambulante Behandlung durch ermächtigte Krankenhausärzte . . . . .	141
C. Ärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen . . . . .	141
D. Besondere Versorgung (Integrierte Versorgung) . . . . .	141
E. Strukturierte Behandlungsprogramme . . . . .	142
<b>6. Kapitel. Waren (Arzneimittel – Hilfsmittel – Medizinprodukte) . . . . .</b>	<b>143</b>
<b>§ 24 Überblick: Arzneimittel – Hilfsmittel – Medizinprodukte . . . . .</b>	<b>143</b>
A. Regulierungsweisen und Rechtsquellen . . . . .	143
B. Zur Strukturierung des Produktrechts . . . . .	144

<b>§ 25 Arzneimittel</b> .....	144
A. Überblick .....	144
B. Begriffe .....	144
I. Arzneimittel .....	144
II. Stoffe .....	145
III. Weitere Begriffe .....	145
C. Herstellung .....	146
I. Erlaubnis .....	146
II. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis .....	146
D. Bereitstellung (Zulassung) .....	146
I. Zulassungspflicht .....	146
II. Zuständigkeiten .....	146
E. Inverkehrbringen (Abgabe) .....	148
I. Begriffe .....	148
II. Verantwortlichkeit für die Abgabe .....	148
III. Abgabeverbote .....	148
IV. Apothekenpflicht .....	149
V. Versandhandel – elektronischer Handel .....	149
VI. Verschreibungspflicht .....	149
F. Preisgestaltung .....	149
I. Im Arzneimittelrecht .....	149
II. Im Sozialrecht (SGB V) .....	150
1. Festbeträge .....	151
2. Erstattungsbeträge für nicht festbetragsfähige Arzneimittel .....	151
3. Pflichtrabatte .....	151
<b>§ 26 Hilfsmittel</b> .....	152
A. Regelungsorte .....	152
B. Begriff und Arten des Hilfsmittels .....	152
C. Herstellung .....	152
D. Bereitstellung (Zulassung) .....	153
I. Zulassung durch Verträge .....	153
II. Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis .....	153
E. Abgabe an die Versicherten .....	154
F. Preisgestaltung .....	154
I. Festbeträge .....	154
II. Vertragliche Gestaltung .....	154
<b>§ 27 Medizinprodukte (Überblick)</b> .....	155
A. Gesetzeszweck .....	155
B. Begriffe .....	155
C. Herstellung .....	155
D. Bereitstellung – Inverkehrbringen .....	156
E. Verwendung – Betrieb .....	156
F. Preisgestaltung .....	156
<b>7. Kapitel. Öffentlich-rechtliche Sicherung: Sozialleistungsrecht</b> .....	157
<b>§ 28 Überblick</b> .....	157
A. Einbettung der Gesundheitsversorgung in das allgemeine Sozialrecht .....	157
I. Soziale Rechte im SGB I .....	157
II. Verfahrensrecht im SGB I und SGB X .....	158
III. Rechtsweg im Sozialrecht .....	159
B. Sozialversicherung: Grundsätze, Organisation, Finanzierung .....	160
I. Allgemeine Grundsätze im SGB IV .....	160
II. Krankenversicherung .....	160
III. Pflegeversicherung .....	162
IV. Rentenversicherung .....	162
V. Unfallversicherung .....	163

C.	Staatliche und kommunale Leistungsträger	163
I.	Soziale Entschädigung	163
II.	Sozialhilfe und Eingliederungshilfe	164
III.	Asylbewerberleistungsgesetz	164
D.	Institutionen mit Bedeutung für die Gesundheitsversorgung	165
I.	Aufsichtsbehörden: Bundesversicherungsamt und Länder	165
II.	GKV-Spitzenverband, Kassenverbände, Medizinische Dienste	165
III.	Kassenärztliche Vereinigungen	166
IV.	Gemeinsamer Bundesausschuss, Landesausschüsse	166
V.	Qualitätsausschuss Pflege/Landespflegeausschüsse	168
VI.	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	169
VII.	Nationale Präventionskonferenz	169
VIII.	Gemeinden und Kreise im Gesundheitswesen	169
IX.	Rettungsdienst	170
X.	Freie Wohlfahrtspflege	170
XI.	Verbände kranker und behinderter Menschen	171
XII.	Selbsthilfe	171
§ 29	Prävention und Gesundheitsförderung	172
A.	Einbettung der Prävention in das Gesundheitsrecht	172
B.	Präventionsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	173
C.	Weitere Träger und zuständige Behörden	174
I.	Rentenversicherung	174
II.	Unfallversicherung	174
III.	Arbeitsschutzbehörden	174
IV.	Öffentlicher Gesundheitsdienst	175
§ 30	Krankenbehandlung	176
A.	Die Krankenbehandlung im Zentrum des Gesundheitsrechts	176
I.	Allgemeines	176
II.	Grundsätze	176
1.	Krankenversicherung als Solidargemeinschaft	176
2.	Gesundheit als Bezugspunkt der GKV	177
3.	Sachleistungsprinzip	177
4.	Wirtschaftlichkeitsgebot	179
5.	Leistungsbezug im Ausland	180
a)	Leistungsinanspruchnahme außerhalb der EU, des EWR und der Schweiz	180
b)	Behandlung im EU-Ausland, im EWR und in der Schweiz	182
B.	Krankenversicherung	183
I.	Versicherte – Leistungsberechtigte	183
1.	Überblick	183
2.	Versicherungspflicht	184
a)	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	184
b)	Bezieher von Arbeitslosengeld	185
c)	Rentner und Waisenrentenbezieher	186
d)	Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe	187
e)	Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	187
f)	Behinderte Menschen in Werkstätten und Einrichtungen	187
g)	Studenten	188
h)	Praktikanten	189
i)	Landwirte, Künstler und Publizisten	190
j)	Auffangtatbestand	190
k)	Konkurrenzen	191
l)	Das Verhältnis zur hauptberuflich selbstständigen Erwerbstätigkeit	192
3.	Versicherungsfreiheit	192
a)	Allgemeines	192
b)	Überschreitung der Jahresarbeitsentgeltgrenze	193
c)	Anderweitig abgesicherte Personenkreise	194



d) Versicherungsfreiheit nicht-deutscher Seeleute	195
e) Eintritt der Versicherungspflicht bei über 55jährigen	195
f) Werkstudentenprivileg	196
g) Geringfügig Beschäftigte	197
4. Befreiung von der Versicherungspflicht	198
a) Einzelne Befreiungstatbestände	198
b) Befreiungsverfahren	199
5. Freiwillige Versicherung	200
a) Erfasster Personenkreis	200
b) Beitrittsverfahren	201
6. Familienversicherung	202
a) Familienversicherter Personenkreis	202
b) Sachliche Voraussetzungen der Familienversicherung	204
c) Zuständige Krankenversicherung	204
II. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	205
1. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen	205
a) Bestehen eines Versicherungsverhältnisses	205
b) Zusammenhang zwischen Leistungsberechtigung und Versicherungsfall	206
c) Erfüllung der Voraussetzungen der jeweiligen Anspruchsnorm	206
d) Vorrang anderer Sozialleistungsträger	207
e) Rechtsmissbrauch – § 52a SGB V	208
f) (Beschränkter) Leistungsausschluss nach § 52 SGB V	208
g) Ruhen des Leistungsanspruchs	209
2. Die Leistungen im Einzelnen	210
a) Die Leistungsarten	210
b) Die einzelnen Leistungen	211
C. Krankenbehandlung bei anderen Trägern, Zugang und Leistungen	266
I. Gesetzliche Unfallversicherung (GUV)	266
II. Soziale Entschädigung	268
III. Sozialhilfe	269
IV. Asylbewerberleistungsgesetz	271
V. Beihilfe	272
1. Beihilfeberechtigte Personen	273
2. Bemessungssatz der Beihilfe	273
3. Beihilfefähige Aufwendungen	273
4. Eigenbeteiligung	276
5. Antragserfordernis	277
<b>§ 31 Langzeitpflege</b>	277
A. Langzeitpflege im Gesundheitsrecht	277
B. Pflegeversicherung	278
I. Allgemeine Vorschriften	278
1. Allgemeine Vorschriften mit leistungsrechtlichem Bezug	278
2. Allgemeine Vorschriften für die an der pflegerischen Versorgung Beteiligten	278
3. Trägerstatus und Vorrangklausel	279
II. Versicherte	279
III. Leistungen	280
1. Pflegebedürftigkeit	280
a) Der neue Begriff der Pflegebedürftigkeit	280
b) Feststellung der Pflegebedürftigkeit	281
2. Leistungerschließung	282
a) Pflegeberatung	282
b) Pflegestützpunkte	282
3. Leistungsrecht	282
a) Allgemeines	282
b) Überblick über die Leistungen	283
c) Leistungen bei häuslicher Pflege	284

d) Tages- und Nachtpflege	285
e) Kurzzeitpflege	285
f) Vollstationäre Pflege	286
g) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen	286
h) Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen	286
i) Zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit und kurzzeitiger Arbeitsverhinderung	287
j) Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen	288
k) Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags	288
l) Entlastungsbetrag	288
m) Leistungen des Persönlichen Budgets	289
n) Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen	289
o) Leistungen bei Pflegegrad 1	289
C. Pflegeleistungen bei anderen Trägern	289
I. Gesetzliche Unfallversicherung	289
1. Allgemeines	289
2. Versicherte	290
3. Leistungsrecht	290
a) Allgemeines	290
b) Versicherungsfälle	290
c) Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	290
II. Soziale Entschädigung	291
1. Allgemeines	291
2. Leistungsrecht	291
III. Sozialhilfe	292
1. Allgemeines	292
a) Nachrang der Sozialhilfe	292
b) Leistungskonkurrenzen	293
c) Vorrang im Rahmen der häuslichen Pflege	293
2. Hilfe zur Pflege	294
a) Begriff der Pflegebedürftigkeit	294
b) Begutachtung	294
c) Leistungen	294
IV. Beihilfavorschriften für öffentlich Bedienstete	294
1. Allgemeine Grundsätze	294
2. Pflegeberatung	294
3. Beihilfefähige Aufwendungen	295
4. Häusliche Pflege	295
5. Kombinationsleistungen	295
6. Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson	295
7. Teilstationäre Pflege	296
8. Kurzzeitpflege	296
9. Ambulant betreute Wohngruppen	296
10. Pflegehilfsmittel und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes	296
11. Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson	296
12. Vollstationäre Pflege	296
13. Pflege in Einrichtungen der Behindertenhilfe	296
14. Aufwendungen bei Pflegegrad 1	297
§ 32 Medizinische Rehabilitation	297
A. Behinderung und Rehabilitation	297
B. Allgemeines Rehabilitations- und Teilhaberecht (SGB IX – Teil 1)	298
C. Trägerspezifisches Recht, Zugang und Leistungen	299
I. Rentenversicherung	299
II. Krankenversicherung	300
III. Unfallversicherung	300

IV. Soziale Entschädigung . . . . .	301
V. Sozialhilfe/Eingliederungshilfe . . . . .	301
VI. Kinder- und Jugendhilfe . . . . .	301
VII. Schwerbehindertenrecht . . . . .	301
<b>§ 33 Palliation . . . . .</b>	<b>302</b>
<b>8. Kapitel. Private Krankenversicherung . . . . .</b>	<b>305</b>
<b>§ 34 Einführung . . . . .</b>	<b>305</b>
A. Zweck und Typologie der privaten Krankenversicherung . . . . .	305
B. Rechtsgrundlagen . . . . .	307
I. Versicherungsvertragsgesetz . . . . .	307
II. Weitere Gesetze und Verordnungen . . . . .	308
III. Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) . . . . .	308
IV. Gesundheitsreform 2007 . . . . .	310
V. Weitere Reformen . . . . .	312
C. Vergleich mit der GKV . . . . .	313
I. Grundlegende Unterschiede zwischen PKV und GKV . . . . .	313
II. Gemeinsamkeiten zwischen PKV und GKV . . . . .	314
III. Leistungsvergleich PKV im Normaltarif mit GKV . . . . .	314
D. Zuordnung zu PKV oder GKV . . . . .	315
I. Zugang zur PKV . . . . .	315
II. Einzelne Zuordnungsfragen . . . . .	316
1. Beihilfe . . . . .	316
2. Gemischte Familienverhältnisse: Künstliche Befruchtung . . . . .	316
E. Rahmenbedingungen . . . . .	317
I. PKV-Markt . . . . .	317
II. PKV-Aufsicht . . . . .	317
<b>§ 35 Grundsätze des Krankenversicherungsvertrags . . . . .</b>	<b>319</b>
A. Begriffe und Typologie . . . . .	319
B. Beteiligte Personen . . . . .	319
C. Vorvertragliche Beratung und Information . . . . .	320
D. Vertragsabschluss . . . . .	321
E. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers . . . . .	321
I. Einführung . . . . .	321
II. Vorvertragliche Anzeigepflicht . . . . .	322
1. Äquivalenzprinzip . . . . .	322
2. Fragenkatalog . . . . .	322
3. Besondere Rechtsfolgen . . . . .	323
4. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung . . . . .	324
5. Datenüberprüfung . . . . .	324
III. Sonstige Obliegenheiten . . . . .	324
F. Rücktritt und Kündigung . . . . .	325
I. Rücktritt und Kündigung durch den Versicherer . . . . .	325
II. Kündigung durch den Versicherungsnehmer . . . . .	325
<b>§ 36 Versicherungsprämie . . . . .</b>	<b>326</b>
A. Einleitung . . . . .	326
B. Prämienkalkulation und Alterungsrückstellung . . . . .	326
C. Prämienanpassung . . . . .	328
D. Zahlungsverzug . . . . .	329
<b>§ 37 Tarife und Versichererleistung . . . . .</b>	<b>331</b>
A. Tarifüberblick . . . . .	331
B. Grundsätze der Versichererleistung . . . . .	331
C. Managed Care . . . . .	332
D. Leistungen der Krankheitskostenvollversicherung im Normaltarif . . . . .	333
I. Versicherungsfall . . . . .	333
1. Allgemeines . . . . .	333

2. Krankheit	333
3. Medizinische Notwendigkeit einer Heilbehandlung	335
4. Zeitlicher Umfang	336
5. Räumlicher Umfang	336
II. Allgemeine Einschränkungen der Versichererleistung	337
1. Höchstsätze	337
2. Übermaßverbot	337
3. Wirtschaftlichkeitsgebot	337
4. Bereicherungsverbot	338
5. Subsidiarität	338
6. Ausschlussgründe	338
III. Ausgewählte Leistungselemente	340
1. Überblick: Bereiche der Gesundheitsförderung	340
2. Ambulante Heilbehandlung	341
3. Zahnbehandlung und Zahnersatz	341
4. Stationäre Heilbehandlung	341
5. Arzneimittel	341
6. Heilmittel	342
7. Hilfsmittel	342
8. Medizinprodukte	342
E. Besonderheiten des Standardtarifs	343
F. Besonderheiten des Basistarifs	343
G. Tarifwechsel innerhalb eines PKV-Unternehmens	345
I. Allgemeines	345
II. Wechsel vom Normaltarif in andere Tarife	345
1. Standard- und Basistarif	345
2. Innerhalb der Normaltarife	346
III. Wechsel vom Standardtarif zum Basistarif	347
IV. Wechsel vom Basistarif in den Normaltarif	347
V. Wechsel von und in den Notlagentarif	348
VI. Wechsel von und in einen Unisextarif	348
VII. Anwartschaft	348
H. Wechsel des PKV-Unternehmens	348
J. Portabilität der Alterungsrückstellung	349
<b>§ 38 Pflegeversicherung</b>	<b>350</b>
A. Allgemeines	350
B. Private Pflegepflichtversicherung	350
<b>9. Kapitel. Schutz von Verbrauchern, Nutzern und Patienten im Gesundheitsrecht</b>	<b>353</b>
<b>§ 39 Überblick</b>	<b>353</b>
<b>§ 40 Allgemeine verbraucherbezogene Vorkehrungen im Sozialrecht</b>	<b>354</b>
A. Aufklärung, Beratung und Auskunft	354
B. Wunsch- und Wahlrechte bei der Leistungsgestaltung	354
<b>§ 41 Gesundheitsbezogene Dienstleistungen</b>	<b>355</b>
A. Bei Krankheit	355
I. Patientenbeauftragter	355
II. Patientenrechtegesetz	355
III. Beteiligung von Interessenvertretungen von Patienten	356
IV. Unabhängige Patientenberatung	356
V. Unterstützung durch Krankenkassen und Kammern in Haftungsfällen	357
B. Bei Pflegebedürftigkeit	357
I. Pflegestützpunkte	358
II. Pflegeberatung	358
III. Beratungsgutscheine	358
IV. Beteiligung von Interessenvertretungen	359
C. Bei Behinderung	359

I. Behindertenbeauftragte	359
II. Beratung und Unterstützung bei Rehabilitation und Teilhabe	359
<b>§ 42 Gesundheitsbezogene Waren</b>	<b>359</b>
A. Produktinformation	359
I. Arzneimittel	359
II. Medizinprodukte	360
B. Produkthaftung	360
I. Arzneimittel	360
II. Medizinprodukte	360
<b>§ 43 Private Krankenversicherung</b>	<b>360</b>
<b>10. Kapitel. Außergerichtliche Konfliktlösung</b>	<b>361</b>
<b>§ 44 Gründe und Formen für außergerichtliche Konfliktlösungen im Gesundheitsrecht</b>	<b>361</b>
<b>§ 45 Schiedswesen</b>	<b>362</b>
A. Funktion, Geschichte und Bereiche	362
B. Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)	363
I. Bereiche	363
II. Rechtsgrundlagen	363
III. Zuständigkeit	364
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht	364
V. Verfahren	364
VI. Entscheidung	364
VII. Rechtsschutz	365
C. Krankenhausfinanzierung (KHG – KHEntgG)	365
I. Bereiche	365
II. Rechtsgrundlagen	365
III. Zuständigkeit	365
IV. Organisation – Zusammensetzung	366
V. Verfahren	366
VI. Entscheidung	366
VII. Genehmigung	367
VIII. Rechtsschutz	367
D. Soziale Pflegeversicherung (SGB XI)	368
I. Bereiche	368
II. Rechtsgrundlagen	368
III. Zuständigkeit	368
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht	368
V. Verfahren	369
VI. Entscheidung	369
VII. Rechtsschutz	370
E. Sozialhilfe (SGB XII)	370
I. Rechtsgrundlagen	370
II. Zuständigkeit	370
III. Organisation	370
IV. Verfahren	370
V. Entscheidung	371
VI. Rechtsschutz	371
<b>11. Kapitel. Arzthaftungsrecht</b>	<b>373</b>
<b>§ 46 Einleitung</b>	<b>373</b>
<b>§ 47 Die Haftungsbeziehungen bei der ärztlichen Behandlung</b>	<b>374</b>
A. Die Haftungsgrundlagen	374
I. Die unterschiedlichen Haftungsregime	374
1. Das vertragliche Haftungsregime	374

a) Der Behandlungsvertrag als zivilrechtlicher Vertrag	375
b) Der Behandlungsvertrag als Dienstvertrag	377
2. Das deliktische Haftungsregime	379
II. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Haftungsregime	380
B. Der Anspruchsinhaber eines Arzthaftungsanspruches	380
C. Der Anspruchsgegner auf Behandlerseite	382
I. Eigenhaftung und abgeleitete Haftung	382
II. Die ambulante Behandlung	383
1. Die ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte	383
a) Die Behandlung durch einen einzelnen Arzt	383
b) Die Behandlung in einer Praxisgemeinschaft	384
c) Die Behandlung durch eine Gemeinschaftspraxis	385
d) Die Behandlung in einem Medizinischen Versorgungszentrum	387
2. Die ambulante Behandlung im Krankenhaus	388
III. Die stationäre Behandlung	391
1. Der totale Krankenhausaufnahmevertrag	391
2. Der gespaltene Krankenhausaufnahmevertrag	393
3. Der Krankenhausaufnahmevertrag mit Arztzusatzvertrag	396
D. Die Notfallbehandlung	398
E. Die öffentlich-rechtliche Behandlung	399
<b>§ 48 Die Behandlungsfehlerhaftung</b>	<b>400</b>
A. Vorbemerkung	400
B. Der haftungsbegründende Tatbestand	401
I. Die Behandlungsfehlertypen	401
1. Die generalisierten Qualitätsmängel	401
a) Der Übernahmefehler	401
b) Der Organisations- und Koordinationsfehler	406
2. Konkrete Qualitätsmängel	409
a) Der Therapiewahlfehler	409
b) Der Therapiefehler	412
c) Der Diagnosefehler	413
d) Die Nichterhebung erforderlicher Diagnose- und Kontrollbefunde	416
3. Die therapeutische Sicherungsaufklärung	417
4. Sonderprobleme der ärztlichen Arbeitsteilung	421
a) Der Grundsatz	422
b) Die horizontale Arbeitsteilung	423
c) Die vertikale Arbeitsteilung	429
II. Der Sorgfaltsmaßstab	432
1. Die inhaltlichen Anforderungen	432
2. Die Feststellung des maßgeblichen Standards	436
III. Die haftungsbegründende Kausalität	438
1. Die grundsätzlichen Anforderungen an den Zurechnungszusammenhang	439
2. Die Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	439
3. Die Sonderregelung des § 830 Abs. 1 BGB	441
IV. Die Beweislast hinsichtlich des haftungsbegründenden Tatbestandes	442
1. Der Grundsatz – volle Beweislast beim Patienten	442
2. Beweiserleichterungen – Beweislastumkehr	443
a) Der Anscheinsbeweis	444
b) Das voll beherrschbare Risiko	445
c) Der grobe Behandlungsfehler	450
d) Beweislastumkehr bei einfachen Befunderhebungsfehlern	455
e) Der Dokumentationsmangel	458
C. Der haftungsausfüllende Tatbestand	467
I. Mögliche Sekundärschäden	467
II. Zur haftungsausfüllenden Kausalität	473
III. Beweisfragen	474

IV. Sonderfälle	475
1. Sonderproblem: »Kind als Schaden«	475
2. Sonderproblem: Schädigung dritter Personen	476
D. Mitverschulden	478
<b>§ 49 Die Aufklärungsfehlerhaftung</b>	479
A. Der rechtliche Ausgangspunkt	479
B. Der Aufklärungsmangel	480
I. Der Inhalt der Aufklärung	481
1. Die Diagnoseaufklärung	481
2. Die Behandlungs- oder Verlaufsaufklärung	482
3. Die Risikoaufklärung	487
4. Besonderheiten bei sog. Schönheitsoperationen	491
5. Die wirtschaftliche Aufklärung	492
II. Die Intensität der Aufklärung	494
1. Grundsätzliches	494
2. Keine Verharmlosung	494
3. Die Dringlichkeit des Eingriffs	495
III. Der Aufklärungspflichtige	495
IV. Der Aufklärungsadressat	499
1. Der minderjährige Patient	499
a) Der Grundfall	499
b) Der einsichtsfähige Minderjährige	500
c) Schranken des Einwilligungsrechtes der Sorgeberechtigten	501
2. Psychisch Kranke und sonstige Geschäftsunfähige	502
3. Bestehende Sprachprobleme	504
V. Der Zeitpunkt der Aufklärung	505
1. Die stationäre Behandlung	506
2. Die ambulante Behandlung	508
3. Diagnostische Eingriffe	508
4. Die Operationserweiterung	509
5. Notfalloperationen	510
VI. Die Form der Aufklärung	510
VII. Die Verzichtbarkeit der Aufklärung	513
1. Der erklärte Aufklärungsverzicht	513
2. Der vorausgeklärte Patient	513
3. Die mutmaßliche Einwilligung	514
C. Kausalitätsprobleme	515
I. Der Grundsatz	515
II. Die hypothetische Kausalität	516
1. Die anderweitige Schadensursache	516
2. Die hypothetische Einwilligung	516
III. Der Schutzzweck der Aufklärung	517
D. Die Darlegungs- und Beweislast	519
<b>§ 50 Rechtsfolgen der Arzthaftung und Verjährung</b>	521
A. Der Schadensersatzanspruch	521
I. Der Ersatz des immateriellen Schadens	521
1. Die Faktoren für die Bemessung des Schmerzensgeldes	521
2. Einmalzahlung und Schmerzensgeldrente	522
II. Der materielle Schadensersatz	523
B. Verjährung	524
I. Die Verjährungsfrist	524
II. Der Beginn des Laufs der Verjährungsfrist	524
1. Die Behandlungsfehlerhaftung	524
a) Die positive Kenntnis	524
b) Die grob fahrlässige Unkenntnis	526
c) Die Zurechnung fremden Wissens	526
2. Die Aufklärungsfehlerhaftung	527
III. Die Hemmung der Verjährung	527

<b>12. Kapitel. Gesundheitsstrafrecht</b> .....	529
<b>§ 51 Beginn und Ende des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes</b> .....	529
A. Unterschiedlich geschützte Daseinsphasen .....	529
B. Abgrenzung zwischen »ungeborenem« und »menschlichem« Leben .....	530
I. Beginn menschlichen Lebens .....	530
II. Interferenzbereich zwischen ungeborenem und menschlichem Leben .....	531
C. Abgrenzung zwischen Menschenleben und Tod .....	533
I. Todeskonzept orientiert am TPG .....	534
II. Todeskonzept orientiert am medizinischen Erkenntnisstand .....	535
<b>§ 52 Strafrechtlicher Schutz ungeborenen Lebens</b> .....	538
A. Unterscheidung zwischen intra- und extrauterinem ungeborenem Leben .....	538
B. Strafrechtlicher Schutz gegen Schwangerschaftsabbrüche .....	538
I. Überblick über das gesetzliche Schutzkonzept .....	538
II. Überblick über die historische Entwicklung .....	539
III. Abwägung zwischen den Interessen des Ungeborenen und der Schwangeren .....	541
C. Strafrechtlicher Schutz extrauteriner Embryos .....	543
I. Durch das ESchG geschützte Rechtsgüter .....	543
II. Rechtliche Zulässigkeit des Stammzellenimports .....	545
III. Rechtliche Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik .....	547
<b>§ 53 Strafrechtlicher Schutz menschlichen Lebens</b> .....	551
A. System der Tötungsdelikte .....	551
B. Hilfe im Sterben .....	553
C. Indirekte Sterbehilfe .....	554
D. Aktive Sterbehilfe .....	555
E. Geschäftsmäßige Suizidbeihilfe .....	557
F. Passive Sterbehilfe .....	559
G. Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch .....	560
H. Sterbehilfe aufgrund einer Patientenverfügung .....	561
I. Antizipierte Einwilligung des Patienten .....	561
II. Mutmaßliche Einwilligung des Patienten .....	563
<b>§ 54 Strafrechtlicher Schutz der körperlichen Integrität</b> .....	564
A. Einwilligung in lebensgefährliche körperliche Eingriffe .....	564
B. Ärztliche Heileingriffe .....	564
C. Ärztliche Aufklärung und sonstige Einwilligungsvoraussetzungen .....	566
I. Aufklärung als Voraussetzung einer wirksamen Einwilligung .....	566
II. Umfang der gebotenen Aufklärung .....	568
III. Zeitpunkt und Form der Aufklärung .....	569
IV. Inhalt der Aufklärung .....	569
D. Hypothetische Einwilligung .....	570
E. Ärztliche Kunstfehler .....	571
I. Facharztstandard als Maßstab für eine kunstgerechte Behandlung .....	572
II. Typen möglicher Kunstfehler .....	575
F. Ärztliche Organisationsfehler .....	576
I. Horizontale Arbeitsteilung .....	576
II. Vertikale Arbeitsteilung .....	577
<b>§ 55 Organ- und Gewebetransplantationen</b> .....	578
A. Sonderregelungen für Organ- und Gewebetransplantationen .....	578
B. Organ- und Gewebehandel .....	579
I. Begriff des Handelstreibens .....	579
II. Schutzzweck des Handelsverbots .....	580
C. Organ- und Gewebespenden durch Lebende .....	582
I. Rechtliche Voraussetzungen für eine Lebendspende .....	582
II. Besonderheiten der Cross-over-Spende .....	582
D. Postmortale Organ- und Gewebespenden .....	583
I. Zustimmung- und Widerspruchslösungen .....	584



II. Rechtliche Voraussetzungen für eine postmortale Spende .....	585
E. Verfahren und Kriterien der Organallokation .....	586
<b>13. Kapitel. Ethik .....</b>	<b>589</b>
<b>§ 56 Erheblichkeit des Ethik-Topos im Recht .....</b>	<b>589</b>
A. Allgemeines Verhältnis .....	591
B. Spezielle Rezeptionen (insbesondere im Gesundheitsrecht) .....	593
<b>§ 57 Gründe für die geforderte besondere Ethikrelevanz .....</b>	<b>594</b>
<b>§ 58 Was ist eigentlich »Ethik« .....</b>	<b>595</b>
A. Inhalt und Maßstab .....	595
B. Normativkraft .....	597
C. Differenz zum Recht .....	598
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>601</b>